Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags —6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,100.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 364. Freitag den 30. December 1881. 75. Jahrgang.

Bestellungen auf das erste Quartal 1882 des Leipziger Tageblattes

(Auflage 17,100)

wolle man möglichst bald an die unterzeichnete Expedition, Johannesgasse Nr. 33, gelangen lassen. Außerdem werden von sämmtlichen hiesigen **Zeitungsspediteuren** Bestellungen auf das Tageblatt angenommen und ausgeführt. Auswärtige Abonnenten müssen sich an das ihnen zunächst gelegene Postamt wenden.

Der Abonnementspreis beträgt
pro Quartal 4 Mark 50 Pfennige,
inclusive Bringerlohn 5 Mark,
durch die Post bezogen 6 Mark.

Für eine Extrabeilage sind **ohne** Postbeförderung 39 Mark, **mit** Postbeförderung 48 Mark Beilegegebühren unter Vorausbezahlung zu vergüten.

Preis der Insertionsgebühren für die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfennige, für Reclamen aus Petitschrift unter dem Redactionsstrich 50 Pfennige. Größere Schriften werden, gering abweichend von dieser Norm, nach unserm Preisverzeichniß berechnet, wogegen bei tabellarischem und Ziffer-Satz Berechnung nach höherem Tarif eintritt. Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postvorschuß.

☛ Das Tageblatt wird früh 6½ Uhr ausgegeben und enthält die bis zum vorhergehenden Abend eingelaufenen wichtigsten politischen und Börsen-Nachrichten in telegraphischen Original-Depeschen. Mit seiner „Volkswirthschaftlichen Beilage" bildet es zugleich das größte Handels- und Börsenblatt Sachsens. Es bringt namentlich auch sämmtliche wichtige deutsche und überseeische Handelsberichte. Außerdem erscheinen im Leipziger Tageblatt die vollständigen **Gewinnlisten** aller Classen der **Königlich Sächsischen Landes-Lotterie** und die Nummer-Verzeichnisse der ausgelosten **Königlich Sächsischen Staatsschuldscheine.**

Leipzig, im December 1881.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Zur gefälligen Beachtung.

Um bei Ausgabe der Legitimationskarten zum Abholen des Tageblattes beim Quartalwechsel den Andrang möglichst zu beschränken, haben wir die Einrichtung getroffen, daß

Karte und Rechnung bereits von heute an

in Empfang genommen werden können.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Brennholzauction.

Mittwoch, den **11. Januar 1882** sollen von Vormittags 9 Uhr an im Forstreviere Cunnewitz auf dem Mittelwaldschlage in Abth. 30b und 31

ca. **100 Haufen starker Abraum und**
75 „ Schlagreisig (Langhaufen)

unter den im Termine öffentlich ausgehangenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung nach dem Meistgebote verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Holzschlage in der Cunnewitzer Linie unterhalb der schwarzen Brücke.

Leipzig, den 19. December 1881.

Des Raths Forst-Deputation.

Dank.

Der Herr Commerzienrath A. Riedel in Halle a/S. hat durch die Vermittlung des Herrn Brauereibes. **Reinhardt,** in Firma **Riedel & Co.** in **Neudnitz,** die Armencasse zu Thonberg mit einem sehr reichlichen Weihnachtsgeschenk bedacht, welches wir an 83 sehr arme und würdige Leute vertheilt haben. Wir danken dem edlen Geber und Vermittler für ihr gütiges Wohlwollen hiermit herzlich.

Thonberg, den 27. December 1881.

Der Gemeinderath.
Franke, Gemeinde-Vorstand.

Nichtamtlicher Theil.

Papstfrage und Regierungspresse.

Die Sensationsnachrichten, welche über die Papstfrage verbreitet werden, scheinen der Regierung nachgerade Verlegenheiten zu bereiten. Findet doch selbst eine Mittheilung der „Bohemia", die Beziehungen der deutschen Politik diese Frage betreffend, welche durch die Zeitungen ging, in der „Nordd. Allg. Ztg." ein Dementi, in so fern, als das Regierungs-Blatt der betreffenden Correspondenz den „officiösen" Charakter abspricht. Diese Correspondenz „constatirte", daß Fürst Bismarck die Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes ernstlich zur diplomatischen Discussion gestellt habe. Fürst Bismarck wolle die Beziehungen des Papstthums zu den Mächten in einer für alle Staaten befriedigenden Weise regeln und die Vereinigung aller Mächte zu diesem Zwecke hervorrufen, um einen Druck auf Italien behufs Erfüllung der päpstlichen Forderungen auszuüben. Bismarck halte es im Interesse Italiens selbst, wenn der Papst wieder wirklicher Souverain und Besitzer Roms würde; da dann für die Katholiken der Grund zu Klagen und für den Papst der Anlaß zur Aufregung der Katholiken aufhören würde. Die Sache werde bald den Hauptgegenstand der diplomatischen Discussion bilden. Vorläufig unterhandle Preußen mit dem Vatican, um den Papst durch die möglichsten Concessionen vom Centrum zu trennen und das Centrum selbst eventuell durch ein an den Klerus zu erlassendes Verbot, den Particularismus in seinen Schutz zu nehmen, lahmzulegen und ohnmächtig zu machen. Der Papst hätte dann einen Bundesgenossen am nationalen Deutschland.

Wir unsererseits registrirten diese Kundgebung als eines jener zahllosen, mehr oder minder unwahrscheinlichsten Gerüchte über die Papstfrage. Nach der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" ist in derselben nichts enthalten als eine „vergröberte" Umschreibung neuerlicher Auslassungen der „Post."

Es wäre von großem Interesse gewesen, außer der äußerlichen Thatsache, daß jene Mittheilung nicht aus officiöser Quelle stammt, über die Glaubwürdigkeit der darin mitgetheilten, der „Post" entnommenen Angaben etwas zu erfahren, um so mehr, als der officiöse Charakter des Postartikels von der Notiz der „Nordd. Allg. Ztg." nicht in gleicher Weise in Abrede gestellt wird. Wir können allerdings nicht verlangen, daß die deutsche Regierung sich in ihre Karten sehen läßt. Der Umstand aber, daß es sich bei den Verhandlungen mit dem Vatican nicht um eine rein diplomatische Angelegenheit handelt, sondern um Fragen der innern deutschen Politik, legt denn doch den Wunsch nahe, zu erfahren, was von all den Gerüchten, welche die Luft seit einiger Zeit durchschwirren, zu halten ist.

Die offene und energische Verkündigung der päpstlichen Ansprüche auf die Wiederherstellung des Kirchenstaats hat diesen Gerüchten neue Nahrung gegeben, und jenseits der Grenzen Deutschlands finden sich Leute, die alsbald bereit sind, dergleichen anzudeuten. Wir sind noch keineswegs im Stande, zu glauben, daß die Regierung des deutschen Reiches ernsthaft die Möglichkeit ins Auge fassen kann, sich den Sieg im Culturkampfe dadurch zu sichern, daß sie dem Papste die Kastanien aus dem Feuer holt. Um diesen Sieg zu erlangen, giebt es ein viel einfacheres Mittel: unerschütterliches Festhalten an den Grundsätzen der kirchenpolitischen Gesetzgebung. Ob allerdings jetzt noch darauf zu rechnen ist, das ist sehr fraglich.

Wenn der preußische Staat des Sieges sicher sein wollte, dann durfte er keinen Schritt von der vorgezeichneten Linie abweichen. Seit Falk's Rücktritt aber ist man immer weiter davon abgekommen, und in demselben Maße, in welchem die Haltung des Staates unsicherer wurde, gewann der Gegner an Stärke. Man braucht das ganze System der Maigesetze mit ihrem Kampfrüstzeuge nicht für etwas Unabänderliches zu halten. Was man aber auch thun möge, das muß klar, zielbewußt, auf Grund eines ganz bestimmten Programms und auf Grund ganz bestimmter Voraussetzungen geschehen. Alles Festhalten an den Gesetzen hilft nichts, wenn man sich in der grundsätzlichen Auffassung unsicher zeigt und sich durch allerlei Zugeständnisse ins Unrecht setzt. Leider ist das in hohem Maße geschehen. Wir erinnern nur an die Verhandlungen über das Juligesetz, seit denen das Wort „exorbitant" in der ultramontanen Kritik der kirchenpolitischen Gesetzgebung Preußens eine große Rolle spielt.

Wie sehr die versuchte Heranziehung des Centrums zur Unterstützung der Regierungspolitik der ultramontanen Partei zu Statten gekommen ist, haben die Wahlen gezeigt; und die Reden, welche der Reichskanzler im Beginn der Reichstagssession hielt, gaben doch der „Germania" wieder Gelegenheit, triumphirend zu verkündigen, daß die Grundlagen der Maigesetzgebung wieder an einigen Puncten gelockert seien. Die Geister, welche man jetzt gern los sein möchte, hat man selbst gerufen; und wenn man jetzt in Wirklichkeit daran denken sollte, Rom gegen das Centrum auszuspielen, so würde der Erfolg vermuthlich wieder ein anderer sein als man erwartet. Rom und das Centrum spielen aus einer Karte, und wenn die „Germania" die Unabhängigkeit der klerikalen Partei in Deutschland von der Curie hervorhebt, so scheint uns dies mehr darauf berechnet, die Leiter der officiösen Presse in ihren Voraussetzungen zu bestärken. Wenigstens sind wir davon noch nicht überzeugt, daß die Deutung, welche officiöserseits dem Antrage Windthorst gegeben wird, nothwendig die richtige sei.

Wenn man sich Enttäuschungen sparen will, so wird man zu der soliden Taktik der Falk'schen Aera zurückkehren müssen. Freilich wird man dann darauf verzichten müssen, die Kirchenpolitik als ein Gebiet diplomatischer Ausgleichsmittel für alle Fragen der inneren Politik zu betrachten.

Leipzig, 30. December.

„Aus guter Quelle" wollen Berliner Blätter wissen, daß trotz der Mühe des preußischen Landtages noch keine kirchenpolitische Vorlage ausgearbeitet sei. Ein Correspondent der „Köln. Ztg." schöpft aus besserer Quelle, wenn er mittheilt, daß eine solche Vorlage ausgearbeitet ist und seit zehn bis zwölf Tagen darüber unter den Ministerien, voerst schriftlich, verhandelt wird. Ueber den Inhalt verlautet noch Nichts, und allem Anscheine nach werden auf die schließliche Gestalt der Vorlage die Verhandlungen mit dem päpstlichen Stuhle von Einfluß sein. Der Unterstaatssecretair Dr. Busch ist Sonnabend Nachmittag nach Berlin zurückgekehrt. Sein Aufenthalt in Rom wurde benutzt, um über gerade auftauchende Fragen, vorzüglich personalischer Natur, mit dem Cardinalstaatssecretair Jacobini zu verhandeln. Ueber die kirchenpolitische Vorlage selbst war er nicht beauftragt zu unterhandeln. Sie ist eine innere Angelegenheit Preußens. In den höchsten Regionen haben bisher verschiedene Meinungen geherrscht über den zweckmäßigsten modus vivendi mit der römischen Kirche. Am nächsten schien es zu liegen, die bisher beobachtete Politik der discretionairen Gewalt fortzusetzen und demnächst den Papst dafür zu gewinnen. Auf der andern Seite ist den allen Parteien, auch den liberalen, zu oft eingestanden worden, daß die Maigesetze in einzelnen Bestimmungen zu weit gegangen sind und unnöthige Härten enthalten, als daß nicht eine gewisse Revision der Maigesetze sich empfehlen sollte. Es fragt sich nur, wie weit diese Revision sich erstrecken soll. Darüber herrscht indessen, abgesehen vom Centrum, eine große Einmüthigkeit, daß der Windthorst'sche Antrag auf Aufhebung des Reichsgesetzes vom 4. Mai 1874 aus dem Grunde nicht zu unterstützen sei, da er einen einzelnen Punct der Maigesetze ohne gegen die Regierung beseitigen will. Die Revision muß ein Ganzes bilden. Nur einige Mitglieder der Fortschrittspartei, vermuthlich die Minderheit, neigen sich dazu, den Windthorst'schen Antrag mit gewissen Aenderungen anzunehmen. Wir geben diese Mittheilung als weiteren Beitrag zum Stande des Culturkampfes, indem wir an dieser Stelle noch besonders auf den Leitartikel verweisen.

In einem Artikel „Zum Jahreswechsel" sagt die „Prov.-Corresp." u. A.:

Für die Beziehungen zwischen Staat und Kirche und speciell für die Verhältnisse der katholischen Kirche in Preußen wird das neue Jahr hoffentlich ein wirksamer und wahrhafter Wendepunct sein. Auch hier ist die Regierung vorangeschritten in der Erkenntniß der Bedürfnisse des Landes und ihrer katholischen Unterthanen und in dem Streben nach Herbeiführung eines ehrlichen friedlichen Friedens. Das Entgegenkommen der Curie und die Friedfertigkeit der Domcapitel hat es ermöglicht, daß in 5 Sprengeln bereits wieder geregelte kirchliche Verhältnisse eingerichtet und zwei Bischöfe und drei Bischofsverweser eingesetzt worden sind. Weitere Erfolge des gleichen Strebens stehen bevor. Die Erkenntniß von der Nothwendigkeit eines friedlichen Zusammenlebens zwischen Staat und Kirche hat sich jetzt auch in solchen Kreisen Bahn gebrochen, welche an dem Kampf mit der katholischen Kirche sich aus wesentlich politischen, weil über die Ziele der Regierung hinausgehenden Gründen betheiligt hatten. Um so mehr ist zu hoffen, daß die Anfänge des kirchlichen Friedens im neuen Jahre ihre noch glücklichere Fortsetzung finden werden. Das hohe Ziel der Regierung kann freilich nur erreicht werden, wenn die Katholiken selbst und die katholische Kirche ihr dazu ernstlich und aufrichtig behülflich sind.

Das Jahr 1881 ist auch auf dem Gebiete der auswärtigen Politik nicht ohne hervorragende Ereignisse geblieben. Das Verbrechen, durch welches Kaiser Alexander II. von Rußland sein Leben einbüßte, brachte aller Welt die Gefahren zum Bewußtsein, welche aus der Verbindung materialistischer Weltanschauung und aus der Verachtung gegen Gesetz und Gottes Ordnung in verwahrlosten Gemüthern entstehen müssen. Der traurige Hingang Alexander's II. ist nicht ohne Einfluß auf eine erneute Annäherung Rußlands an Deutschland und Oesterreich-Ungarn gewesen. Die Danziger Zusammenkunft zwischen Kaiser Wilhelm und Kaiser Alexander III. sowie die immer engeren Beziehungen unserer Politik zu Oesterreich-Ungarn haben keinen Zweifel mehr darüber gelassen, daß die gemeinsame Grundauffassung, welche die Politik der drei Reiche verbindet, die kräftigste Bürgschaft einer friedlichen Entwickelung bildet.

Wie berichtet wird, ist die in der Thronrede angekündigte Umarbeitung des Unfallversicherungsgesetzes in Angriff genommen. Es scheint also, daß man die Ergebnisse der Berufsstatistik doch nicht als nothwendige Voraussetzung dieses Gesetzes betrachtet. Ueber die Haltung, welche die Regierung den wesentlichsten dabei in Betracht kommenden Streitfragen gegenüber einnimmt, ist wenig Klarheit vorhanden, und man weiß nicht, welche Erwartungen man an die Verheißung der Thronrede knüpfen darf, daß die Umarbeitung auf Grund der vorjährigen Reichstagsverhandlungen erfolgen solle. Wenn in der That die Möglichkeit einer Neubearbeitung des Gesetzes vorliegt, so wird die von den liberalen Parteien in der Angelegenheit beabsichtigte Initiative jedenfalls dem Einwande nicht begegnen, daß es zur Zeit noch an den nothwendigen Grundlagen für eine Regelung dieser Materie fehle.

Dem Artikel der „Kieler Zeitung" über den Antrag Windthorst tritt die „Volkszeitung" scharf entgegen, sie bezeichnet das Internirungsgesetz als verwerflich und meint, wenn im Jahre 1874 die grundsätzlichen Gegner desselben, dem Fractionszwange weichend, an der Abstimmung nicht Theil nahmen, so sei heute die Stimmung in der Fortschrittspartei derart, daß leicht der umgekehrte Fall eintreten könnte. Wir wollen abwarten, welches von beiden Blättern über die Stimmung in der Fortschrittspartei besser unterrichtet ist, respective, welche der beiden vorhandenen Strömungen innerhalb der Fortschrittspartei das Uebergewicht haben wird, zu bedauern bleibt es in jedem Falle, daß in einer so wichtigen taktischen Frage — denn es handelt sich nur um eine Angelegenheit ultramontaner Taktik — den liberalen Parteien diejenige Geschlossenheit fehlen soll, welche, wir wiederholen es, gerade angesichts der zweifelhaften Haltung der Regierung auf dem kirchenpolitischen Gebiete dringend geboten ist. Am meisten würden wir es bedauern, wenn in irgend einer liberalen Partei die auf der anderen Seite getadelte Auffassung Platz greifen könnte, als sei die kirchenpolitische Gesetzgebung heute gerade blos noch gut genug, um im politischen Partei-Interesse verwandt zu werden.

Mit dem Zollanschluß der Unterelbe, der in wenigen Tagen, nämlich am 1. Januar 1882, bewirkt werden soll, tritt der bisher der öffentlichen Aufmerksamkeit entgangene Zustand ein, daß diese Frage, insofern sie Rechtsfrage ist, entschieden wird, bevor der Reichstag Gelegenheit gehabt, sich zu derselben zu äußern. Bekanntlich ist auf den Antrag der Liberalen der Etatsposten von 200,000 Mark zur erweiterten Bewachung der Unterelbe in die Budgetcommission zurückgewiesen worden, weil der Reichstag die Angelegenheit nicht für genügend geklärt angesehen hatte. Formell war ein solches Verfahren ohne Zweifel berechtigt, aber der praktische Nutzen ist gleichwohl völlig unerfindlich. Man braucht sich nur zu vergegenwärtigen, daß die Commission und mit ihr das Plenum sich auf den Standpunct stellt, dem Bundesrath das einseitige Recht zur Verlegung der Zollgrenze abzusprechen, und man hat damit einen acuten Verfassungsconflict in schärfster Form vor sich. In der Hamburger Commission ist denn auch die schwierige Klippe vorsichtig umgangen worden, hoffentlich gelingt es der Budgetcommission gleichfalls, die heikle Frage würdig und zu allgemeiner Befriedigung zu lösen.

Wie die „Germania" mittheilt, war der Abgesandte der Nuntiatur in München, welcher die Domcapitel in Paderborn und Osnabrück besucht hat, der Uditore Tarnassi. Derselbe wurde seiner Zeit auch nach Trier gesandt, um dem dortigen Domcapitel die vom Papste getroffene Wahl des Dr. Felix Korum zum Bischofe anzuzeigen. Ueber den Inhalt der in Paderborn und Osnabrück gemachten Eröffnungen, welche sich aller Wahrscheinlichkeit nach auf die Wiederbesetzung der Bischofssitze beziehen, wird noch strengstes Stillschweigen beobachtet. Das „Westf. Volksbl." vermuthet, daß der heilige Stuhl dem Domcapitel nur ein beschränktes Wahlrecht zurückgegeben habe, d. h. das Domcapitel hätte nur unter bestimmten Persönlichkeiten, über welche man sich zwischen Berlin und Rom bereits geeinigt hat, zu wählen. Die Bekanntgebung dieser Persönlichkeiten wäre dann der Zweck der Reise des Msgr. Tarnassi gewesen.

Man schreibt uns aus Berlin: „Die auffällige Mittheilung verschiedener Blätter, daß der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen, Herr v. Horn, seinen Abschied, ohne daß er darum gebeten, erhalten habe, daß sich, wie sich erwarten ließ, nicht bestätigt. In dieser Weise werden denn doch bei uns die üblichen Formen noch nicht außer Acht gesetzt, wenn es gilt, einem verdienten Beamten, der sich vielleicht in ein neu angurirtes System nicht fügen will, den Austritt aus seinem Amte zu erleichtern. Herr v. Horn hätte am liebsten seinen Abschied schon vor einigen Jahren genommen, als die bis dahin ungetheilte Provinz Preußen wieder in zwei Hälften, Ost- und Westpreußen, zerlegt wurde, er ließ sich eben nur durch die Bitten der Ostpreußen, besonders gerade der Königsberger, bewegen, noch im Amte zu verbleiben. Von Interesse ist es übrigens, daß Herr von Horn bis nach vor Kurzem der Vorgesetzte des heutigen Cultusministers v. Goßler gewesen, dessen Vater Chefpräsident des ostpreußischen Tribunals und Kanzler im Königreich Preußen ist, daß er den streng orthodoxen und barreaukratischen Standpunct der Herren v. Goßler senior und junior wie getheilt hat, ist nach seiner ganzen Anlage selbstverständlich. Wenn jetzt schon über die freigewordene Stelle von den Wortführern der Reaction in der Art verfügt wird, daß sie dem Finanzminister Bitter in Königsberg etwa zum dignitate bereiten möchten, so hat man es hier einstweilen nur mit theoretischen Wünschen zu thun, deren Erfüllung allerdings nicht außer dem Bereich der Möglichkeit liegt. In jedem Fall aber wird die Regierung es hoffentlich unterlassen, Ostpreußen wieder mit Beamten à la Maurach zu bedenken."

Aus Reichenberg in Böhmen wird uns gemeldet, daß das Ministerium des Inneren die Bildung eines „Deutschböhmischen Arbeiterbundes" in jener Stadt verboten habe, weil sich herausgestellt, daß unter den Persönlichkeiten, die jenen Verein angeregt, sich notorisch socialdemokratische Agitations-Elemente befinden.

Unser Wiener Berichterstatter schreibt uns vom 28. d.: „Wir leben hier gegenwärtig in einer eigenthümlichen Periode von Katastrophen, diplomatischen Verwickelungen, politischen Ueberraschungen und sonderbaren Mystificationen, welche die hiesigen Dinge und Verhältnisse wenig vortheilhaft illustriren. Was namentlich die Mystificationen betrifft, so haben wir gerade heute eine ganz merkwürdige zu verzeichnen. Ein Londoner Telegramm meldete nämlich gestern, die „Times" hätte den Entwurf eines geheimen russisch-österreichischen Bündnisses veröffentlicht und wir hatten uns gestern Morgen beeilt, den Text jenes Entwurfes mitzutheilen. Mehrere hiesige hochoffiziöse Abendblätter brachten ihn gleichfalls und zwar ohne irgend eine Bemerkung, was sofort aufgefallen und die Glaubwürdigkeit jener Mittheilung wesentlich unterstützte. Heute stellt sich aber die ganze Sache, und zwar abermals nach officiöser Versicherung, als eine — „plumpe Mystification" heraus! — Die officiöse alte „Presse" behauptet nämlich, jener Entwurf stimme wörtlich mit einem Artikel überein, der vor einigen Tagen über dasselbe Thema von der in Genf erscheinenden, angeblich nihilistischen Zeitschrift: „Das freie Wort" veröffentlicht ward. Im Hinblick auf diese Quelle wisse man also, was man von jenem „Entwurfe" zu halten habe. Ueberdies wird noch officiöserseits, selbstverständlich „auf Grund guter Information", die ja niemals mangelt, festgestellt, daß die ganze Enthüllung des in Genf erscheinenden „nihilistischen" Organs nur eine „plumpe Mystification" und nebenbei ein „russischer Fuhser" sein dürfte. Die angeblich nihilistische Zeitschrift: „Das freie Wort" ist nämlich, wie weiter ausgeführt und von notorischen Nihilistenorganen versichert wird, von Niemandem anders als dem Grafen Ignatieff angekauft worden, um sich jenes Blattes für gewisse Zwecke zu bedienen. — Diese „Richtigstellung" „auf Grund guter Information" klingt zwar sehr pikant und interessant, aber jedenfalls ist letztere dem hiesigen Officiosus ziemlich verspätet zugegangen, weil er ja selbst noch gestern, wie andere seiner Collegen, die Londoner Sensationsnachricht von dem russisch-österreichischen Bündnisse, ohne irgend ein Merkmal des Zweifels, in die Welt posaunt hatte. Oder wäre etwa hinter jener „Mystification" noch eine andere Absicht zu suchen?"

Man schreibt uns weiter aus Wien vom 28. d.: „Aus Anlaß der bekannten Worte, welche der Kaiser jüngst zur Deputation der Triester Handelskammer gesprochen, haben im Laufe der verflossenen Tage seitens der oppositionellen Abgeordneten Besprechungen stattgefunden, die ziemlich erregter Natur gewesen. Schließlich einigte man sich indeß, daß die Einleitung irgend eines Vorgehens in jener Angelegenheit